

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 13.09.2022

„Sicherheitsmaßnahmen an der Synagoge in Bremerhaven“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Frage an den Senat gestellt:

Sicherheitsmaßnahmen an der Synagoge Bremerhaven

Wir fragen den Senat:

1. Welche Maßnahmen zum Schutz der Synagoge in Bremerhaven werden derzeit ergriffen, gibt es unter anderem Videoüberwachung, regelmäßigen Polizeischutz und besondere Sicherheitsvorkehrungen an jüdischen Feiertagen?
2. Wie erfolgt die Absprache mit der Gemeinde zu den Sicherheitsvorkehrungen und werden alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die von der Gemeinde gewünscht sind?
3. Wie bewertet der Senat aufgrund der Brandstiftung an der Synagoge Bremerhaven am 8. August 2022 das aktuelle Sicherheitskonzept und sieht er aufgrund dieses Vorfalls Bedarf zu Anpassung der Maßnahmen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet:

Gegenwärtig werden an der Synagoge in Bremerhaven, die an jüdischen Feiertagen und zu vereinzelt weiteren, Anlässen genutzt wird, Objektschutzmaßnahmen durchgeführt. Darüber hinaus besteht eine Einfriedung und eine Videoüberwachung ist vorhanden.

Absprachen über Schutzmaßnahmen für die die Synagoge nutzende Gemeinden erfolgen anlassbezogen direkt über das Einsatz- und Lagezentrum der Ortspolizeibehörde Bremerhaven. Sofern es sich um grundsätzliche Belange handelt werden die Maßnahmen zwischen den Vertreter:innen der beiden Jüdischen Gemeinden, des Magistrats und der Ortspolizeibehörde abgestimmt.

Zu Frage 3:

Der Senat bewertet das aktuelle Sicherheitskonzept grundsätzlich als hinreichend. Taten von psychisch kranken Personen können nie ausgeschlossen werden.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Männer und Frauen sind von Objektschutzmaßnahmen in gleicher Weise betroffen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei und dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

Nach Beschlussfassung durch den Senat erfolgt die Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 12.09.2022 der Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.